BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag

16. Wahlperiode

Drucksache 16 /849 (zu Drs. 16/790) 08. 12. 05

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU

Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2005 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt)

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Nachtragsproduktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

Produktplan: 11 Justiz

Produktbereich: 11.01 Fachgerichtsbarkeit

Produktgruppe: 11.01.01 Finanzgericht

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird von 563 T \in um 3 T \in auf 560 T \in reduziert.

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird von 99 T \in um 4 T \in auf 103 T \in erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Nachtragshaushaltsplan wie folgt geändert:

Einzelplan: 01 Justiz und Verfassung, Sport

Kapitel: 0160 Finanzgericht

Titel: 0160/422 01-7 Bezüge planmäßiger Beamten und Richter

Der Anschlag wird von 467.330 € um 2.960 € auf 464.370 € reduziert.

Titel: 0160/532 22-0 Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte

bei Prozesskostenhilfe

Der Anschlag wird von 250 € um 3.620 € auf 3.870 € erhöht.

Cornelia Wiedemeyer,

Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Helmut Pflugradt,

Hartmut Perschau und Fraktion der CDU